

Leserbrief in der SZ vom 11. Januar 2021

Unerschwinglicher Klima-Murks

Die Ausrufung des Klimanotstandes für München im Jahr 2019 ist begrüßenswert, denn es zeigt, wie dringend hier Handlungsbedarf besteht. Gerade in den Städten machte sich ja der Klimawandel mit seinen negativen Folgen für Mensch und Umwelt schon jetzt in den heißen Sommern der vergangenen Jahre auch hierzulande sehr unangenehm bemerkbar. So ist zu hoffen, dass das Ganze nicht nur Symbolpolitik bleibt, sondern wirklich konkrete Maßnahmen folgen und die Erkenntnisse von Klimaschutzprüfungen dann auch tatsächlich bei der Umsetzung von Beschlüssen berücksichtigt werden.

Aber alle Klimaschutz-Maßnahmen, so sie denn stattfinden, werden konterkariert, wenn die Stadt ihre geplanten Wohnungsbauprojekte auf bisher noch freien Flächen in den nächsten Jahren tatsächlich umsetzt. Es kann einem schwindelig werden, wenn man liest, welche Größenordnungen da im Raum stehen. Diese Bauprojekte bedeuten einen immensen Verbrauch von freien Flächen, Zubetonierung und Versiegelung von Grünflächen und Äckern, sowie die Einschränkung von wichtigen Frischluftschneisen, von der zugehörigen Verkehrsinfrastruktur ganz zu schweigen. Aber auch "kleinere" Planungen, wie zum Beispiel das Bauvorhaben im idyllischen Eggarten, lassen nichts Gutes erwarten. Hier wird ein ökologisches Kleinod, wie man es in der Stadt nur noch selten findet, unwiederbringlich zerstört und durch einfalllose, uniforme Architektur, wie in München üblich, ersetzt. Regelmäßig fallen auch die für das Stadtklima so wichtigen Bäume Bauprojekten zum Opfer.

Für ein erträgliches Stadtklima sind freie Flächen, unversiegelte Böden und Grünzüge von wesentlicher Bedeutung, ganz zu schweigen von Auswirkungen auf Artenvielfalt und Grundwasserhaushalt.

Die Stadt und andere Institutionen argumentieren bei den Wohnungsbauvorhaben natürlich mit der angespannten Wohnungssituation in München. Aber wir haben hier keine Wohnungsnot, sondern einen Mangel an für Normal- und Geringverdiener bezahlbarem Wohnraum. Dieser lässt sich aber nicht mit gigantischen Bauprojekten zu Lasten des Klimas und der Lebensqualität dieser Stadt beheben, sondern nur durch anderen Umgang mit nicht beliebig vermehrbarem Grund und Boden, eine durchdachte Nachverdichtung und eine andere Steuerpolitik. Hier sind jedoch nur Ansätze erkennbar. So ist zu befürchten, dass beim Klimaschutz Anspruch und Wirklichkeit weiterhin weit auseinanderklaffen.

Brigitte Natzke, Neubiberg